Rat der
Europäischen Union

**Brüssel, den 26. November 2026**
**(OR. en)**

**16482/26**

| | |
|---|---|
| **COWEB 161** | **ENV 1458** |
| **COPS 770** | **ENER 807** |
| **POLCOM 449** | **CLIMA 676** |
| **CFSP/PESC 1996** | **RECH 509** |
| **RELEX 1606** | **GLOBAL GATEWAY 60** |
| **FIN 1703** | **JAI 1512** |
| **ECOFIN 1579** | **MIGR 373** |
| **DIGIT 322** | **TRANS 770** |

**VERMERK**

| | |
|---|---|
| Absender: | Generalsekretariat des Rates |
| Empfänger: | Delegationen |
| Betr.: | Gipfeltreffen EU-Westbalkan (Brüssel, 25. November 2026)<br>– Erklärung |

**Gipfeltreffen EU-Westbalkan**

**Erklärung von Brüssel, 25. November 2026**

Wir, die Führungsspitzen der Europäischen Union (EU), haben heute in Absprache mit unseren Partnern im Westbalkan dieses Gipfeltreffen in Brüssel abgehalten und sind zu folgendem Schluss gelangt:

1. Das heutige Gipfeltreffen, das auf den erfolgreichen Gipfel vom Juni 2026 in Montenegro folgt, bestätigt die wachsende strategische Bedeutung der Beziehungen zwischen der EU und dem Westbalkan sowie deren Vorteile für unsere Bürgerinnen und Bürger. Die zunehmend instabile geopolitische Lage, die durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, die Konflikte im Nahen Osten und zunehmenden globalen Wettbewerb gekennzeichnet ist, verdeutlicht, dass die Verbindungen zwischen der EU und dem Westbalkan immer enger werden müssen.

2. Wir bekräftigen unser uneingeschränktes und unmissverständliches Bekenntnis zur Perspektive einer Mitgliedschaft des Westbalkans in der Europäischen Union. Die Zukunft des Westbalkans liegt in unserer Union. Die Erweiterung ist eine realistische Möglichkeit, die genutzt werden sollte.

3. Wir bekräftigen die Bedeutung der Erweiterung als eine geostrategische Investition in Europas Frieden, Sicherheit, Stabilität und Wohlstand. Wir rufen alle Partner im Westbalkan auf, entschlossene und glaubwürdige Reformen, insbesondere im Bereich der wesentlichen Elemente, beschleunigt voranzubringen und die Verpflichtungen zu erfüllen, die notwendig sind, um auf dem Weg in die EU voranzukommen. Wir begrüßen die Dynamik und die Fortschritte, die seit dem letzten Gipfeltreffen von Partnern im Westbalkan auf dem Weg in die EU erreicht wurden. Die Beschleunigung des Beitrittsprozesses auf der Grundlage glaubwürdiger Reformen seitens der Partner, einer fairen und strikten Konditionalität sowie des Grundsatzes der Beurteilung nach der eigenen Leistung liegt in unserem beiderseitigen Interesse. Parallel dazu muss die EU im Einklang mit der Erklärung von Granada ihre eigenen Vorbereitungen und Reformen für eine erweiterte Union voranbringen.

4. Unter Hinweis auf frühere Erklärungen bekräftigen wir, wie wichtig das Engagement der Partner im Westbalkan für die Wahrung der europäischen Werte und Grundsätze im Einklang mit dem Völkerrecht, für den Vorrang von Demokratie, Grundrechten und Grundwerten sowie für die Rechtsstaatlichkeit ist. Wir erwarten, dass sie dieses Engagement durch konkretes Handeln unter Beweis stellen, indem sie Eigenverantwortung übernehmen und die erforderlichen Reformen durchführen, insbesondere im Bereich der wesentlichen Elemente und der Rechtsstaatlichkeit. Freie Meinungsäußerung, unabhängige und pluralistische Medien, Gleichstellung der Geschlechter und eine starke Rolle der Zivilgesellschaft sind von entscheidender Bedeutung für eine funktionierende Demokratie. Wir rufen die Partner erneut auf, die Rechte und die Gleichbehandlung von Personen, die Minderheiten angehören, zu garantieren. Jede Form der Verherrlichung von Kriegsverbrechern, der Leugnung von Völkermord und des Revisionismus steht im Widerspruch zu den grundlegenden europäischen Werten. Wir fordern alle Partner im Westbalkan auf, eine Kultur des Respekts und der Solidarität mit allen Opfern zu fördern sowie die Urteile internationaler und nationaler Gerichte im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen zu achten und ihnen Folge zu leisten.

5. Inklusive regionale Zusammenarbeit, Aussöhnung und gutnachbarschaftliche Beziehungen bleiben der Schlüssel für den Aufbau einer gemeinsamen Zukunft sowie für die Umsetzung internationaler Abkommen in gutem Glauben und mit greifbaren Ergebnissen, einschließlich des Prespa-Abkommens mit Griechenland und des Vertrags über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit mit Bulgarien. Es bedarf noch weiterer entschiedener Anstrengungen, um Aussöhnung und regionale Stabilität zu fördern und im Einklang mit dem Völkerrecht und bewährten Grundsätzen endgültige, integrative und verbindliche Lösungen für die im Erbe der Vergangenheit verwurzelten regionalen und bilateralen Streitigkeiten und Probleme der Partner zu finden und umzusetzen. Hierzu zählen die Aufklärung aller noch ungelösten Fälle von vermissten Personen und die Bewältigung von Fragen im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen, wobei Rechenschaftspflicht und Gerechtigkeit zu gewährleisten sind. Es bedarf kontinuierlicher Anstrengungen der einschlägigen Partner, um alle noch offenen Verpflichtungen im Rahmen des Abkommens über die Rechtsnachfolge umzusetzen und die noch verbliebenen Fragen im Zusammenhang mit der Rechtsnachfolge zu regeln.

6. Die fehlende Normalisierung der Beziehungen zwischen Pristina und Belgrad hemmt weiterhin beide Partner auf ihrem europäischen Weg. Wir bekräftigen unsere uneingeschränkte Unterstützung für den von der EU geförderten Dialog zwischen Belgrad und Pristina über die Normalisierung der Beziehungen unter Leitung der Hohen Vertreterin und mit Unterstützung des Sonderbeauftragten der EU. Wir ermutigen beide Partner, die derzeitige politische Dynamik zu nutzen, um sich konstruktiv in den Dialog einzubringen und unverzüglich greifbare Fortschritte bei der vollständigen Umsetzung aller erreichten Vereinbarungen zu erzielen. Die Unterstützung im Rahmen der Reform- und Wachstumsfazilität für den Westbalkan ist an die Bedingung geknüpft, dass die Partner gemeinsam und konstruktiv, mit messbaren Fortschritten und greifbaren Ergebnissen, an der Normalisierung ihrer Beziehungen arbeiten.

7. Wir werden weiterhin mit Nachdruck einen umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine unterstützen, der auf den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts beruht und durch solide und glaubwürdige Sicherheitsgarantien für die Ukraine untermauert wird. Wir werden die Ukraine und ihre Bevölkerung in Abstimmung mit gleich gesinnten Partnern weiterhin umfassend dabei unterstützen, die Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine gegen den Angriffskrieg Russlands zu verteidigen. Wir begrüßen, dass die Partner im Westbalkan diese Bemühungen unterstützen. Die EU wird weiterhin in den Multilateralismus investieren und mit den Partnern im Westbalkan zusammenarbeiten, um das Völkerrecht zu wahren. In diesem Zusammenhang würdigen wir die Grundsätze der europäischen Sicherheit, die anlässlich der Tagung der Europäischen Politischen Gemeinschaft vom 12. November 2026 angenommen wurden.

8. Wie in früheren Erklärungen dargelegt, bleibt die Anpassung der Partner im Westbalkan an die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU, einschließlich der Umsetzung und Durchsetzung der restriktiven Maßnahmen der EU und der Verhinderung ihrer Umgehung, ein starker Ausdruck der strategischen Entscheidung unserer Partner. Wir würdigen jene Partner im Westbalkan, die sich bereits vollständig an die GASP der EU angepasst haben, und fordern diejenigen, die es noch nicht getan haben, nachdrücklich auf, diesem Beispiel zu folgen.

9. Wir unterstreichen das beiderseitige Interesse an einer Verstärkung unserer Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung, wie unsere Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaften sowie Sicherheits- und Verteidigungsdialoge bezeugen. Die EU und der Westbalkan sind entschlossen, die Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität fortzusetzen, um die Sicherheit, Stabilität und Resilienz der Region zu verbessern. Die EU begrüßt ferner die Beiträge der Partner zu den Missionen und Operationen der EU im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und sieht der weiteren Zusammenarbeit in dieser Hinsicht erwartungsvoll entgegen.

10. Die EU unterstützt den Westbalkan weiterhin bei der Bekämpfung von Cyberbedrohungen und anderen hybriden Bedrohungen, von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung, die darauf abstellen, die demokratischen Institutionen und den Erweiterungsprozess zu untergraben, sowie bei der weiteren Stärkung der Zusammenarbeit beim Aufbau von Resilienz, unter anderem durch das Zentrum für Cyberkapazitäten im Westbalkan (WB3C), eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA) und den Europäischen Schutzschild für die Demokratie, namentlich das Europäische Zentrum für demokratische Resilienz.

11. Die Partner bereits während des Erweiterungsprozesses näher an die EU heranzuführen, bleibt ein strategischer Schwerpunkt. Die EU ermutigt die Partner zusammenzuarbeiten, um die bestehenden Möglichkeiten optimal zu nutzen, während – vorbehaltlich der Angleichung an den einschlägigen EU-Besitzstand – weitere Vorschläge für eine schrittweise Integration auf eine umkehrbare und leistungsorientierte Weise geprüft werden. Eine engere wirtschaftliche Integration wird die Widerstandsfähigkeit der Lieferketten, die Wettbewerbsfähigkeit und die wirtschaftliche Sicherheit auf beiden Seiten stärken.

12. In dieser Hinsicht begrüßen wir die Fortschritte bei der schrittweisen Integration der Partner im Westbalkan in den europäischen Binnenmarkt, die auf der Angleichung an den einschlägigen Besitzstand, der Achtung der Integrität des Binnenmarkts und der Gewährleistung gleicher Wettbewerbsbedingungen beruht. Dies umfasst insbesondere Folgendes:

    – laufende Arbeiten zur Ausweitung des EU-Gebiets, in dem „Roaming zu Inlandspreisen“ möglich ist, auf den Westbalkan, damit die Bürgerinnen und Bürger überall in der EU und in der Region ohne zusätzliche Kosten Anrufe tätigen, Nachrichten übermitteln und mobile Daten nutzen können;
    – die Teilnahme von vier Partnern am einheitlichen Einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA) sowie einen kürzlich gestellten Antrag, was von einer positiven Dynamik für eine weitere Ausweitung seines geografischen Anwendungsbereichs zeugt;

– die Einführung regionaler Sofortzahlungssysteme auf der Grundlage der Technologie TARGET Instant Payment Settlement (TIPS) von Eurosystem, was schnellere und erschwinglichere Zahlungen und eine stärkere finanzielle Integration ermöglichen wird;
– die Förderung des fachlichen Austauschs im Hinblick auf die Entwicklung industrieller Dialoge im Rahmen der „Autobahn zum Binnenmarkt“, die Ausweitung der „Green Lanes“ (Sonderfahrspuren) zwischen der EU und dem Westbalkan sowie die Modernisierung und Harmonisierung der Grenzübergänge;
– die Beteiligung an oder das Aufgreifen von digitalen Initiativen wie den digitalen Innovationszentren oder der Europäischen Brieftasche für die Digitale Identität sowie die Fertigstellung von 500 öffentlichen WiFi-Hotspots in der Region im Rahmen der WiFi4WB-Initiative;
– die Errichtung der Binnenmarktakademie, die die Verwaltungskapazitäten stärken und den EU-Mitgliedstaaten und Partnern im Westbalkan Lernmöglichkeiten bieten wird.

13. Das Potenzial des Wachstumsplans, die sozioökonomische Konvergenz zwischen dem Westbalkan und der EU zu beschleunigen, hängt von der wirksamen Durchführung EU-bezogener Reformen durch unsere Partner ab. Der Wachstumsplan, der bis zu 6 Mrd. EUR für Reformen und Investitionen vorsieht, hat das Potenzial, das Wirtschaftswachstum in der Region in den nächsten zehn Jahren zu beschleunigen. Dies kommt zu den 29 Mrd. EUR hinzu, die im Rahmen des Wirtschafts- und Investitionsplans bereitgestellt werden.

14. Die EU ruft die Partner im Westbalkan erneut dazu auf, jetzt in der Schlussphase diese beispiellose Chance optimal zu nutzen, indem sie die Reformen rechtzeitig umsetzen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass einige Partner im Westbalkan die für die ersten vier halbjährlichen Berichterstattungszeiträume der Reform- und Wachstumsfazilität geplanten Reformschritte abgeschlossen haben oder auf einem guten Weg zu deren Abschluss sind, und wir ermutigen alle Partner, ihre Anstrengungen zu beschleunigen.

15. Die EU betont, wie wichtig die kontinuierliche Errichtung des gemeinsamen regionalen Marktes unter der Koordinierung des Regionalen Kooperationsrates und die konstruktive Zusammenarbeit im Rahmen des Mitteleuropäischen Freihandelsabkommens (CEFTA) sind. Wir ermutigen zu weiteren Anstrengungen, um die verbleibenden Hindernisse für den intraregionalen Handel zu beseitigen, die Handelsverfahren zu vereinfachen und insbesondere den Marktzugang für KMU zu erleichtern. Der gemeinsame regionale Markt ist ein Sprungbrett in den europäischen Binnenmarkt.

16. Die EU wird weiterhin die Stärkung der Konnektivität innerhalb der Region und mit der EU, auch in den Bereichen Energie, Verkehr und Digitales, sowie die laufenden Bemühungen um die Diversifizierung der Energiequellen und -versorgungswege unterstützen. Auf diese Weise werden wir durch stärkere grenzüberschreitende Verbundnetze, diversifizierte Versorgungswege und Investitionen in die Energieinfrastruktur unsere Energiesicherheit erhöhen und Abhängigkeiten verringern. Die EU wird weiterhin zur Energiewende und zur Infrastruktur im Westbalkan beitragen. Die Partner im Westbalkan befinden sich im Zentrum des Verkehrskorridors Westbalkan – östliches Mittelmeer, einschließlich des strategisch wichtigen Korridors VIII, der das Adriatische Meer mit dem Schwarzen Meer verbindet. Wir ermutigen die Partner im Westbalkan, gemäß dem Arbeitsplan vom September 2026 entscheidende Fortschritte auf dem Weg zu dessen Abschluss zu erzielen und EU-Unterstützung rechtzeitig zu nutzen.

17. Ebenso ist eine wirksame Zusammenarbeit im Bereich der Migrationssteuerung, einschließlich EU-Unterstützung bei der Bewältigung der Migrationsherausforderungen entlang der Westbalkanroute, weiterhin von zentraler Bedeutung. Die Partner im Westbalkan müssen weitere Maßnahmen ergreifen, um ihre Visumpolitik vollständig an die der EU anzugleichen, Schleuserkriminalität und Menschenhandel zu verhindern und zu bekämpfen, das Grenzmanagement weiter zu stärken, die Asyl- und Aufnahmesysteme zu verbessern und die Rückkehr in die Herkunftsländer zu verstärken. Die EU wird die Partner im Westbalkan im Einklang mit dem EU-Recht und dem Völkerrecht weiterhin bei ihren Bemühungen unterstützen, die operative Zusammenarbeit mit den einschlägigen EU-Agenturen, darunter Frontex und die EU-Asylagentur, und mit Drittländern auszubauen.

18. Die gemeinsamen Anstrengungen sollten auch bei der Prävention und Bekämpfung von Korruption, Drogenhandel und allen Formen der schweren und organisierten Kriminalität sowie bei der Prävention und Bekämpfung von Terrorismus und gewaltorientiertem Extremismus im Einklang mit dem neuen Gemeinsamen Aktionsplan fortgesetzt werden. Die EU und der Westbalkan sollten die Arbeit gestützt auf einen ausgewogenen, umfassenden und fundierten Ansatz für drogenbedingte Herausforderungen und auf verstärkte internationale Zusammenarbeit und Partnerschaften weiter voranbringen, unter anderem durch Synergien mit der Arbeit der Europäischen Koalition gegen Drogen (ECAD), insbesondere um Drogenhandel und den unerlaubten Handel mit Drogengrundstoffen zu bekämpfen.

19. Eine wirksame strategische Kommunikation der EU und der Partner im Westbalkan – auch in Bezug auf die Vorteile der Erweiterung und der schrittweisen Integration – bleibt äußerst wichtig. Wir zählen darauf, dass die Partner im Westbalkan ihren Bürgerinnen und Bürgern vermitteln, dass die EU nach wie vor der wichtigste Investor und Handelspartner der Region sowie ein verlässlicher Sicherheitspartner ist und sie die meiste finanzielle Unterstützung für die Region bereitstellt. Darüber hinaus trägt die EU zu Stabilität und Sicherheit in ganz Europa bei.

20. Wir begrüßen, dass sich die Partner im Westbalkan[1] dieser Erklärung anschließen.

---

[1] Serbien hat sich der Erklärung nicht angeschlossen.